

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 14 (1919)
Heft: 4

Artikel: Wann werden wir gescheit?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351771>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Arbeiter und Angestellte von großer Bedeutung und sollte immer mehr ausgebaut werden und Verbreitung finden. Die Richter sind der betreffenden Berufsgruppe entnommen, haben demzufolge ein besonderes Verständnis für die zur Beurteilung kommenden Fälle. Ist der Vorsitzende des Gerichtes ein sozial denkender Mensch, muß dem Angestellten und Arbeiter nicht bange sein vor dem Urteil. Die Mitarbeit der Frau hat sich hier bewährt.



Im Terror- und Hungerland.

Proletarier aller Länder! Helfet euch!

Berlin.

Wilde, bestialische Instinkte der Menschheit sind losgeboren. Ein großes Volk sinkt in den fürchterlichsten Abgrund der Unmenschlichkeit. Ueber ganz Deutschland verbreitet sich diese Gefahr. Hilfe! Hilfe! ruft das deutsche Proletariat den Proletariern aller Länder zu — aber die Hilfe kommt noch nicht. Das deutsche Volk ist physisch und psychisch erschöpft. Seine Kräfte finden augenblicklich nur auf pathologischer Seite Ausdruck. Der Hunger und das Elend haben eine heilige Allianz mit dem Mord geschlossen und gemeinsam ihre Herrschaft angetreten.

Die blassen, traurigen Gesichter mit den toten Augen, die man jetzt in Deutschland überall sieht, lassen sich alles gefallen. Der letzte Rest menschlicher Heiligkeit steht vor der Gefahr, vernichtet zu werden. Mord, Raub und Prostitution klopfen ununterbrochen an die Türen der Proletarierhäuser. Das Familienleben zerfällt. Die gesunde Ethik steht vor dem Tod. Die Degeneration feiert ihren Triumph!

Ungeheure Zahlen von hungernden Frauen und Kindern nehmen tagtäglich von diesem Leben Abschied für immer. Die Tuberkulose, die Skrophulose, die Epilepsie, die Syphilis und tausend andere Pestilenzen führen siegreich ihre Offensive gegen das Leben des deutschen Volkes.

Und trotz alledem gibt es noch Paläste, wo man Orgien feiert, wo Freude und Liebe in übertrieben reichlichem Maße genossen wird; wo nichts fehlt, wo noch alles zu bekommen ist.

Und trotz alledem gibt es noch Politiker, die die Interessen ihres Volkes verraten, und wenn das Volk sich regt, wenn es offen sagt, daß es Hunger hat, daß es Freiheit will — dann wird es als „Spartakus“ bezeichnet, und dann hat es nichts anderes und vielleicht auch nichts Besseres zu erwarten, als eine Kugel oder das Gefängnis.

Was hat ein Volk, das von einem so harten Schicksal betroffen ist, zu verlieren? Wie kann man von einem solchen noch Lust zur Arbeit verlangen? Was für eine Verantwortung kann man einem solchen Volk zuweisen für die Folgen des Krieges, für die Plünderungen und Zerstörungen und die Putzschüsse gegenwärtigen Morden?

Einem solchen Volk bleibt nichts anderes übrig als die Fortführung des Kampfes für seine Existenz, für die Sicherung seiner Zukunft.

„Nein!“ antworten aber die Staatsmänner. „Ein weiterer Kampf ist bei Todesstrafe untersagt.“

Ein ganzes Volk, das einmal so fleißig und wertvoll in seiner Produktion war, das heute hungert und leidet und blutet, soll seine Leidenschaften nicht zum Ausdruck bringen, soll schweigen, soll seine Tränen zu Hause vergießen, aber nicht vor der Öffentlichkeit zeigen — sonst kommt das Standrecht, sonst rasseln die Panzerautos durch die Straßen, sonst werden aufständische Arbeiter, Matrosen und Soldaten erschossen, sonst treten Bomben, Granaten, Minenwerfer und Maschinengewehre in Funktion, sonst wird das Leben jedes Menschen unter die tödliche Macht der Waffen, unter die willkürliche Entscheidung jedes Mannes in Uniform gestellt.

Das hat uns der letzte Berliner Generalstreik bewiesen: der Wille der Mehrheit der Berliner Arbeiter ist durch den Willen der mehrheitssozialistischen Minderheit Berlins, durch den Willen der mehrheitssozialistischen Regierung brutal unterdrückt worden. So haben sich heute in einem engen Kreis von bürgerlichen, ausländischen Pressevertretern sogar die Vertreter der Ententepresse ausgesprochen.

Die Leitung des Berliner Generalstreiks hat mit dem bewaffneten Aufstand von Matrosen und Soldaten nichts zu tun gehabt. Die blutigen Märzkämpfe Berlins haben nur eine scheinbare politische Beeinflussung durch den Streik erfahren. Die Aufständischen haben nicht nur für den General-

streik, nicht nur für die Verwirklichung des Sozialismus gekämpft, sondern zum Teil auch für eigene materielle Interessen, für verschiedenartige Ursachen, die mit keiner politischen Partei zu tun hatten. Es waren die Matrosen, die wußten, daß einige Tage später ihre Division aufgelöst werde und sie damit ihren Sold verlieren würden. Es waren die Mannschaften der republikanischen Soldatenwehr, die aus Rivalitätsinteressen sich gespalten haben, und zwar so gespalten, daß von 15,000 Mann nur 6000 der Regierung „treu geblieben“ sind.

Daß dieser Aufstand hervorgegangen war aus einer Militär- und Matrosenrevolte, die nicht politischen Beweggründen entsprang, hat jeder Politiker und jeder Journalist gewußt. Trotzdem hat die Presse den Aufstand der kommunistischen Partei zugeschrieben und damit unbewußt im In- und Ausland den Glauben verstärkt, daß die Kommunisten über eine starke militärische Macht verfügen. Die Regierung und die alt- und neu-konservative Presse Deutschlands haben alles auf Spartakus geworfen, um die eigene Machtlosigkeit zu decken, um die sozialistische Opposition zu schlagen, um die unabhängigen und kommunistischen Organe und Mitglieder zu beseitigen, um die Reaktion zu stärken!

Tausende von Menschen sind dadurch auf den Straßen gefallen, Hunderte von Arbeitern — in Gegenwart der eigenen Angehörigen — standrechtlich erschossen worden. Verhaftete, wehrlose Menschen sind auf dem Transport durch Soldaten und Offiziere unterwegs oder im Gefängnis getötet worden. Es genügt, daß bei einer Hausdurchsuchung eine Mitgliedskarte der kommunistischen oder der unabhängigen Partei gefunden wurde, um den Inhaber an die Wand zu stellen. Zwölf kommunistische Funktionäre haben so ihre Augen geschlossen. Ein bekannter Führer der kommunistischen Partei, Genosse Leo Fogiches (Thyssa), der schweizerischer Bürger sein soll, ist kaltblütig im Gefängnis erschossen worden.

Alle menschlichen und staatlichen Rechte sind verletzt worden. Die parlamentarische Immunität ist unter die Militärtiefel getreten worden.

Ganz wenig Häuser sind von Hausdurchsuchungen verschont geblieben. Die Hausdurchsuchungen wurden Tag und Nacht durchgeführt. Um zwei, drei Uhr nachts ist man geweckt worden. Am letzten Freitag noch kamen 30 bewaffnete Soldaten mit Maschinengewehren und Handgranaten, unter Führung eines Leutnants, zu dem Genossen H a s e und haben, ohne Rücksicht auf seine Abgeordnetenrechte, bei ihm eine Hausdurchsuchung vorgenommen.

In einzelnen Häusern und Lokalen sind in Abwesenheit der Bewohner die Türen mit Handgranaten gesprengt worden. Die Unsicherheit war in diesen Tagen so groß, daß verschiedene Vertreter der bürgerlichen Entente- und Presse die Absicht hatten, Berlin zu verlassen.

Der Streik ist seit einigen Tagen beendet. Der Telefonverkehr ist seit dem 17. März auch für Privatgespräche wieder gestattet. Die „Freiheit“ und die „Republik“ erscheinen wieder. Heute soll auch eine kommunistische Zeitung in Berlin erscheinen. Die „Ordnung“ ist in Berlin vorläufig wieder hergestellt. Aber wie lange wird sie dauern?

Deutschland erlebt eine Tragödie in des Wortes letztem Shakespeare'schem Sinn. Ein Volk von Millionen von Menschen ist der „Götter Verdammnis“ verfallen. Brüder erschließen Brüder. Man vernichtet sich gegenseitig. Man hat nichts zu verlieren als Elend und Leid und Qual. Die Trostlosigkeit ist ungeheuer. Hilfe! Hilfe! braucht das deutsche Volk. Für Hilfe in dem besten, schönsten, menschlichsten Sinne des Wortes sollten alle Länder sorgen. Deutschland kann sich nicht selbst helfen.

Proletarier aller Länder! Helfet euch!

Menschen aller Länder! Verbündet euch!

N. M. S c h w e i d e.



Wann werden wir gescheit?

Ende des Sommers 1918 hieß es in der eidgen. Ernährungszentrale und in den kantonalen Ernährungsämtern: Wir haben zu viel Schlachtvieh, Ueberfluß. Es muß ausgeführt werden; wir haben so viel, daß wir Reserven an Gefrierfleisch anlegen können, sofern wir die nötigen Einrichtungen schaffen. Das Publikum merkte allerdings nicht viel vom Ueberfluß; die Preise blieben hoch und wurden noch höher.

Heute Frühjahr 1919 haben wir keine Reserven mehr, kein Gefrierfleisch, die fleischlose Woche wurde beschlossen. Wer hat sie beschlossen? Die sogenannte Neutralitätskommission des

Nationalrates. Einige gut genährte Herren — die gewiß an Dörfelchüchli, feine Berner Chäswoche gedacht haben, hin und wieder mal ein gutes Fischli, Forelle mit Butterfauc, eingemachte Delikatessen, Büschenzungen usw. — haben den Beschluß gefaßt, jedenfalls in der Meinung, mit den genannten Abwechslungen; aus Platzmangel können wir nicht alle aufzählen, ließe sich auch bei fleischlosen Wochen ganz gut leben. Was macht aber der Arbeiter und der Angestellte, der Eisenbahner? Wenn die Arbeiter auch nicht viel Fleisch essen, gehört die Fleischmahlung eben doch zu den notwendigen Nahrungsmitteln, weil auch das andere viel zu teuer ist. Die Rationierung ist zu klein, Eier zu teuer, wenig Zucker, wenig Schmalz. Konserven kommen schon gar nicht in Betracht, weil viel zu hoch im Preis und nicht nahrhaft. Warum führt man nicht die Fleischkarte ein? Wird das Aufstellen derselben jedem Kanton überlassen, kann sie in kürzester Frist eingeführt werden. Wir waren anfänglich auch nicht für die Karte, weil wir an den schwunghaften Tauschhandel dachten, denn wie manche Arbeiterfrau hätte die Karte für weniger als ein Fingerring hergegeben, aber heute heißt es, von zwei Uebeln das kleinere wählen. Wir protestieren des Entschiedensten gegen die Einführung der fleischlosen Wochen, verlangen die Fleischrationierung und gleichzeitig Uebernahme der Nebgeräten durch die Gemeinde. Eine alte Forderung: Uebernahme der Fleischversorgung durch die Gemeinde.

Auch spricht man von einem weiteren Milchpreisaufschlag; hier wird die Arbeiterschaft ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben.

Neue Preisaufschläge in Sicht, und wann kommt der Abbau der Preise? Mit dem Aufschlagen ist man sofort bei der Hand, aber das Abschlagen, das steht in einem andern Kapitel.

Die Frauengruppen Groß-Zürichs werden am 9. April in einer Protestversammlung in der „Eintracht“ zu diesen Fragen Stellung nehmen! Wir nehmen an, daß die Frauengruppen oder Parteiorganisationen anderer Orte ebenfalls öffentliche Versammlungen einberufen, um die so überaus wichtigen Fragen der Lebensmittelversorgung und Preisgestaltung zu behandeln und gegen die Einführung der fleischlosen Wochen zu protestieren. ***



Aus der Internationale.

Vom 2. bis 6. März waren im Herrenhaus zu Berlin die Delegierten der Unabhängigen Sozialistischen Partei zu ihrem Parteitag versammelt. Die Tagung stand unter dem Einfluß von Clara Zetkin, Däumling und Adolf Hoffmann. Einen Sturm von Applaus lösten die Ausführungen von Genossin Zetkin aus, die erklärte: „Die opportunistische Politik der deutschen Unabhängigen nicht mehr mitmachen zu wollen.“ Ich habe noch wenige Tage vor mir, aber die wenigen Tage (wir wünschen von ganzem Herzen, daß es sich noch um viele Jahre handeln möge), die ich noch vor mir habe, will ich dort verbringen, wo das Leben ist und die Geschichte sich entwickeln wird. Jetzt, da die Bürgerlichen, dank der verräterischen Politik von Ebert und Noske, versuchen, die Revolution zu erdrosseln, jetzt ist die Revolution lebendiger als je!

Inzwischen hat Genossin Zetkin die Konsequenzen gezogen und ist aus der Unabhängigen Sozialistischen Partei ausgetreten, um in der deutschen kommunistischen Partei voll und ganz wirken zu können. Sie schreibt: „Ich scheide nicht als „Feindin,“ ich werde den Genossinnen gerne weiter behilflich sein.“ Die Leitung der Frauenbeilage der „Leipziger Volkszeitung“ übernimmt Genossin Mathilde Wurm, Berlin. Clara Zetkin hat die Absicht, ein selbstständiges, internationales Frauenblatt herauszugeben, unabhängig von jeder Partei, aber streng auf dem Boden des internationalen Sozialismus. Wir wünschen sehr, daß diese Absicht sich verwirklichen werde, die Schweizergenossinnen werden es sich zur Ehre rechnen, dieses Blatt zu lesen und für weiteste Verbreitung besorgt zu sein.

Der Frauentag in Deutschland und Holland findet am 6. April statt. Genossin Zetkin gibt zu diesem Zeitpunkt ein internationales Frauentagsblatt heraus.

Genossin Angelica Balabanoff leidet noch immer unter den Folgen der anläßlich ihrer Ausweisung in Bern ertägten Verletzung; sie wurde damals durch einen Pferdehufschlag verletzt. Immerhin hat sie in Moskau ihre unermüdete Tätigkeit aufgenommen. Sie sendet anläßlich des Frauentages den Genossinnen in der Schweiz Grüße und Bezeugungen unveränderlicher, sozialistischer Treue!

Kleine Chronik.

Ausland.

Brief einer Kampfgenossin von Rosa Luxemburg: Mitte März, Berlin. Ich lebe wie eine Königin von Gottes Gnaden. Eine militärische Wache beschützt mein Haus, zwei Detektiven erteilen die Befehle. Man beobachtet jede Bewegung in meinem Schlosse, besonders jede Person, die ein- oder ausgeht. Man versucht meine persönliche Freiheit zu beschneiden, ganz wie bei einer Königin. Aber ich habe mein Schloß verlassen, man bewacht das leere Palais. Es fehlt nur die Wachtparade mittags und die Musik und Flagge. — Das ist die deutsche Revolution! — Wir kämpfen weiter!

Kleine Szene aus der Nationalversammlung in Weimar: Noske, der Bluthund, berichtet aufgeblasen und wichtig über seine „Erfolge“ in Berlin, über die Niederjähelung und Niederfartätschung der Arbeiter, er schlägt, „die Bestie hat sich ausgelebt“. Zwischenruf von Luise Biehl, Mitglied der U. S. P. D., „besonders Noske“. Die Abgeordneten von rechts und deutsche Mehrheitssozialisten brüllen: „Raus Megäre.“ Genossin Biehl ist den kämpferischen Elementen ein Dorn im Auge.

Noch einmal haben es die deutschen Frauen und Mütter in der Hand, die Söhne und Männer vor neuer Blutschuld zu bewahren. Für 5 Mark Solb werden Freiwillige für ein Hilfskorps nach dem Osten angeworben, zur Niederdrückung der bolschewistischen Gefahr.

In England sind zirka eine Million Arbeitsloser, zum größten Teil Frauen, verschwindend wenig Solbaten. Die Solbaten haben die alten Arbeitsplätze wieder einnehmen können, die Aushilfskraft, die Frau ist entlassen worden. Rückwärts schreitet der moderne Kapitalismus über Leichen und Opfer in jeder Form. Erst sind die Frauen herausgerissen worden, zu jeder Art gesundheitschädlicher Arbeit verdammt, und heute werden sie ebenso rückwärts auf die Straße gestellt, für kurze Zeit mit einer Unterstützung bedacht, die geringer ist, wie diejenige des Mannes.

In Rom und Turin streifen die Schneiderinnen. Regierungstreue Blätter berichten von über tausend, da werden es gewiß weit mehr sein. Grund: übermäßig langer Arbeitstag, schlechte Entlohnung, Nichtbeachtung der Arbeiterinnenschutzgesetze. Auch in Petersburg begannen die Arbeiterinnen mit Streiks, darauf folgten die Straßendemonstrationen, die Revolution — die Diktatur des Proletariats.

Dem Vorsitzenden Gompers des Arbeitsausschusses der Pariser Konferenz überreichte die Frauenkommission die Eingabe der Frauen. Er beglückwünschte die Delegierten zu der schönen Form der Eingabe. Dies wird der ganze Erfolg derselben sein.

Inland.

Aus der Lohnkommission für die Schlechtestentlohnnten (Hausindustrie), in welcher die Arbeiter und Arbeiterinnen ausschlaggebenden Einfluß haben sollten, ist schließlich ein eigenständiges Arbeitsamt geworden, das mathematisch genau berechnen wird, ob die Heimarbeiterinnen mit ihren Hungerlöhnen auskommen können. Für genaue Berechnung wird garantiert, auf das Resultat brauchen wir nicht gespannt zu sein, die Löhne werden die gleichen bleiben, wenn sich die Heimarbeiterin nicht endlich selbst zur Wehre setzt.

Die bürgerlichen Frauen des Kantons Aargau bitten in einer Petition, man möchte sie bei der Verfassungsänderung berücksichtigen und ihnen das Mitspracherecht im Schul-, Armen- und Vormundschafswesen einräumen. Um Teilrechte kann es sich heute nicht mehr handeln, schade um die Mühe, die es braucht, um für die Erlangung solcher einzutreten. Teilrechte bleiben auf dem Papier; heute handelt es sich nur um volle politische Gleichberechtigung.

An den Demonstrationen für den Achtfundentag waren auch die Arbeiterinnen gut vertreten.

Auch eine Generalstreikmaßregelung. Genosse Dr. Sib-Bay, Chur, ein vorzüglicher Violinpieler, spielte bis vor kurzem bei den Churer Kammermusikaufführungen im Quartett die erste Geige, seit dem Generalstreik ist er degradiert worden; er darf nur noch die Bratsche spielen.

Redaktionelle Einsendungen und Mitteilungen an Rosa Bloch, Hallwylstraße 58, Zürich 4.

Die Parteikassiere werden ersucht, ausstehende Rechnungen an die Administration: Julie Salmer, Apslstraße 88, Zürich 7, zu regulieren.